



Verena Stern

# Die Profiteure der Angst?

Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise  
in Europa  
**Ein Überblick**

**EUROPA**

## EUROPA

### Europa braucht Soziale Demokratie!

In welchem Europa wollen wir leben? Wie können wir unsere europäischen Träume von Freiheit, Frieden und Demokratie auch gegen innere und äußere Widerstände verwirklichen? Wie können wir die Soziale Demokratie stark in Europa positionieren? Diesen Fragen widmet sich die Friedrich-Ebert-Stiftung in ihrer Reihe »Politik für Europa«. Wir zeigen, dass die europäische Integration demokratisch, wirtschaftlich, sozial und außenpolitisch zuverlässig gestaltet werden kann und muss!

Folgende Themenbereiche stehen dabei im Mittelpunkt:

- Demokratisches Europa
- Sozial-ökologische Transformation
- Zukunft der Arbeit
- Frieden und Sicherheit

In Veröffentlichungen und Veranstaltungen greifen wir diese Themen auf. Wir geben Impulse und beraten Entscheidungsträger\_innen aus Politik und Gewerkschaften. Wir treiben die Debatte zur Zukunft Europas voran und legen konkrete Vorschläge zur Gestaltung der zentralen Politikfelder vor. Wir wollen diese Debatte mit Ihnen führen in unserer Reihe »Politik für Europa«!

### Über diese Publikation

Die COVID-Krise hat in vielen Ländern Europas zu einem Vertrauenszuwachs in die Regierungen geführt. Die zur Bekämpfung der Pandemie verordneten Einschränkungen persönlicher Freiheitsrechte, Kontakt- und Ausgangssperren, der Lockdown weiter Bereiche der Wirtschaft sowie die vielerorts erweiterten Exekutivrechte fanden vor allem zu Beginn der Krise weithin Zuspruch und Akzeptanz. Mit der Fortdauer der Einschränkungen über Wochen zeigten sich jedoch zunehmend Tendenzen zu einem neuen Anwachsen von Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber den Regierungen; in manchen Ländern – wie Deutschland – kam es auch zu Protestaktionen. Zudem blieben Fake News und Verschwörungsideologien nicht ohne Einfluss auf die öffentliche Debatte.

Analysen aus Schweden, Finnland, Italien, Frankreich, Griechenland, Spanien und Deutschland, alles Länder mit starken oder wachsenden rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien, gehen der Frage nach, ob der Rechtspopulismus in Europa von der Corona-Krise profitieren konnte. Diese Zusammenfassung ordnet die Trends und Entwicklungen mit einer vergleichenden Perspektive ein.

### Über die Autorin

**Verena Stern M.A.** promoviert an der Fakultät für Soziologie der Universität Bielefeld sowie an der Bielefeld Graduate School in History and Sociology (BGHS) zu Koalitionen rechter Bewegungen in Protesten gegen Geflüchtete. Zudem ist sie wissenschaftliche Mitarbeiterin im DFG-Projekt „Willkommen oder beschimpft? Eine vergleichende Studie der Reaktionen auf Unterkünfte für Asylsuchende“ und beschäftigt sich mit den Themen Rechtsextremismus, Migration sowie Protest und Soziale Bewegungen.

### Für diese Publikation sind in der FES verantwortlich

**Dr. Philipp Fink** ist Leiter des FES-Büros in den nordischen Ländern.

**Ursula Koch-Laugwitz** ist Länderbetreuerin im Referat WENA der FES.

**Dr. Thomas Manz** ist Leiter des Büros der FES in Frankreich.

**Dr. Tobias Mörschel** ist Leiter des Büros der FES in Italien.

**Franziska Schröter** ist Leiterin des Projekts gegen Rechtsextremismus.

in Kooperation mit:



# Die Profiteure der Angst?

## Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise in Europa Ein Überblick

Länderanalysen aus Deutschland, Finnland, Frankreich, Griechenland, Italien, Schweden und Spanien

Krisen – egal welcher Natur – waren in der Geschichte oft Treiber für gesellschaftliche Destabilisierungsprozesse, die sich die Verunsicherung der Menschen zu Nutze machten. Eine Reihe von Länderanalysen im Auftrag der Friedrich-Ebert-Stiftung untersuchte 2020, wie sich die globale Krise der COVID-19-Pandemie auf rechtspopulistische und extrem rechte Parteien in ausgewählten europäischen Ländern auswirkt. Der Blick auf rechte Kräfte<sup>1</sup> lag nahe, da diese in einigen Ländern versucht haben und immer noch versuchen, die Pandemie für sich zu nutzen. Eine breitere Analyse der Situation soll durch die Betrachtung einiger ausgewählter Länder und diese Zusammenfassung geleistet werden. Dabei handelt es sich um eine Momentaufnahme, da die Pandemie zum Zeitpunkt der Veröffentlichung noch nicht bewältigt ist.

Die Pandemie, ausgelöst durch das neuartige Corona-Virus, schien, trotz zeitlicher Verzögerung zum Ausbruch in Wuhan, China, plötzlich in Europa anzukommen und sämtliche europäische Länder sowie die Europäische Union (EU) als Ganzes unerwartet zu treffen. Das globale Virus und der entsprechende Umgang damit mussten erst ausgelotet und Mechanismen zu seiner Bekämpfung gefunden werden. Dies geschah zunächst kurzfristig auf nationalstaatlicher Ebene, denn wie an den späteren Verhandlungen zu den zahlreichen EU-Corona-Hilfs- und Wiederaufbauprogrammen deutlich wurde, erwies sich ein konsensualer Weg der EU-Mitgliedstaaten als schwieriger Prozess.

In der Betrachtung der Krisenbewältigung in den ausgewählten Ländern fallen zwei Dinge besonders auf: Erstens, dass es in vielen Ländern einen bemerkenswerten Vertrauenszuwachs der Bevölkerung in die jeweiligen Regierungen gab. Zweitens zogen – zumindest kurzfristig zu Beginn in der ersten Welle der Pandemie – häufig alle Parteien weit-

gehend an einem Strang und selbst oppositionelle Kräfte unterstützten die Regierungen statt sie zu kritisieren. Umgekehrt luden viele Regierungsparteien die politische Opposition ein, aktiv an Gesprächen teilzunehmen. Dass Entscheidungen über Maßnahmen zu Beginn oftmals konsensual mit Vertreter\_innen der Opposition getroffen wurden, darunter auch extrem rechte und rechtspopulistische Parteien, zeigt einerseits den Ernst der Lage und andererseits den Willen rechter Parteien, sich demokratisch legitimieren zu wollen und sich „staatstragend“ zu geben. Doch noch etwas zeigt sich daran: Für die Rechte bot die Corona-Krise zu diesem Zeitpunkt keine deutliche thematische Überschneidung mit für sie erfolgversprechenden Themen. Maßnahmen in den Bereichen von Gesundheit und Wirtschaft zu entwickeln entsprach nicht ihren Stärken. Immigration schien vor den Herausforderungen, das Virus zu bekämpfen und wirtschaftliche Folgeschäden zu minimieren, keinen zentralen Ansatzpunkt für die Mobilisierung neuer Stimmen zu bieten.<sup>2</sup> So gestaltete sich die Strategie vieler extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien nach einer konsensualen ersten Welle als oppositionelles und populistisches Kontern gegen die zögerlichen Maßnahmen der Regierungen. Durch autoritäres Eingreifen sollten Grenzen geschlossen und harte Maßnahmen ergriffen werden. Als dies jedoch tatsächlich geschah, erfolgte eine abrupte Wende. Obwohl die Maßnahmen von der Bevölkerung mehrheitlich akzeptiert und mitgetragen wurden, breitete sich in manchen Bevölkerungsgruppen besonders seit der ersten Welle eine Missstimmung aus, die viele rechte Parteien in ihren Positionen und ihrer Rhetorik aufgriffen. Sie betonten ihren populistischen Ansatz und traten als Verteidiger\_innen von „Bürger\_innenrechten“ des „Volks“ gegen zu harte Maßnahmen einer „Elite“ auf.

Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob rechtspopulistische und extrem rechte Parteien in Europa von der Corona-Krise profitieren konnten. Mittels einer vergleichenden Analyse von Ländern mit starken oder wachsenden extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien soll gezeigt werden, wie diese auf eine Gesundheitskrise reagierten, die bei erster Betrachtung – zum Beispiel im Gegensatz zur Krise im Umgang mit der Situation Geflüchteter um das

<sup>1</sup> Wir unterscheiden extrem rechte von rechtspopulistischen Parteien in Hinblick auf deren Ausrichtung. Dabei sind vor allem die Frage nach dem Systemsturz (wollen sie das bestehende demokratische System verändern oder abschaffen) sowie die Frage der Gewaltlegitimation die Kriterien. Der Begriff „extreme Rechte“ lehnt sich an das in der englischen Sprache übliche „far right“ an und meint alle politischen Kräfte jenseits des demokratischen Grundkonsens. In den analysierten Ländern sind je nach Kontext unterschiedliche historische Entwicklungen, Ausprägungen und parlamentarische Verortungen rechter Parteien zu finden, welche sich im Spektrum rechtspopulistisch bis extrem rechts abbilden. Konservative Mitte-rechts-Parteien können ebenfalls rechtspopulistisch sein, diese sind jedoch nicht Fokus der vorliegenden Untersuchung.

<sup>2</sup> Dennoch gab es berechtigte Sorge, dass ein rassistisches Framing angewandt werden könnte, was sich mit anti-asiatischem Rassismus besonders zu Beginn der Pandemie und der Forderung nach Grenzschließungen auch schnell bekräftigte.

Abbildung 1  
**Alle bisher veröffentlichten FES-Länderstudien**  
 (Stand März 2021)

## Die Profiteure der Angst?

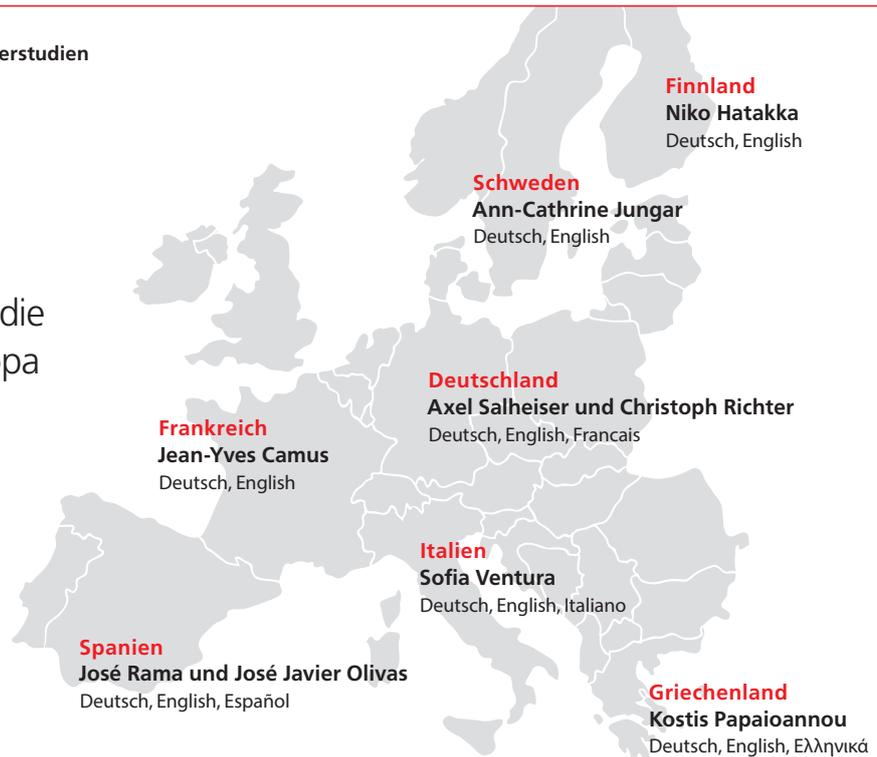
### Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise in Europa

Alle Studien stehen hier zum Download zur Verfügung:

**Deutsch:** [www.fes.de/c19rex](http://www.fes.de/c19rex)

**Englisch:** <https://nordics.fes.de/e/default-7f5ab95431>

Es folgen weitere Länderanalysen in der Zukunft, u.a. sind Portugal und Rumänien geplant.



Jahr 2015 – keines ihrer Kernthemen zum Inhalt hatte. gelang es ihnen dennoch, Nutzen aus der Krise zu schlagen und Wähler\_innenstimmen zu mobilisieren?

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, gemeinsame Befunde ebenso wie nationale Besonderheiten aufzuzeigen. Außerdem soll eine Diskussion darüber angestoßen werden, wie sich diese Erkenntnisse in gemeinsame europäische Handlungsempfehlungen und solidarische Gemeinschaftslösungen im Umgang mit dem Thema übersetzen lassen. Ob rechte Parteien von den Folgen der Corona-Krise (soziale und ökonomische Verwerfungen, wirtschaftliche Verschlechterungen für Unternehmen und Privathaushalte, wachsende Ungleichheit in den Nationalstaaten und in Europa und eine drohende Abkehr von gemeinschaftlichen EU-Aushandlungen etc.) profitieren können, wird sich in den kommenden Jahren zeigen und hängt stark vom weiteren Umgang mit der Pandemie ab.

## EIN BLICK IN EINIGE EUROPÄISCHE LÄNDER

### DEUTSCHLAND

Zu Beginn der COVID-19-Pandemie versuchte die rechtspopulistische und in Teilen rechtsextreme Oppositionspartei Alternative für Deutschland (AfD) auf das Missmanagement der Regierung hinzuweisen und forderte einen strikteren Lockdown und geschlossene Grenzen. Nachdem diese Maßnahmen jedoch tatsächlich ergriffen wurden und auf diesem

Weg keine Opposition dazu mehr möglich war, reagierte die Partei auf die wachsende Unzufriedenheit in der Bevölkerung. Entsprechend änderte sie ihre Positionen und wies auf wirtschaftliche Schäden und die „Beraubung“ von Bürger\_innenrechten und „Freiheit“ der Bevölkerung durch die Lockdowns hin.

Obwohl die Maßnahmen während der ersten und zweiten Welle von der Bevölkerungsmehrheit mitgetragen wurden, formierte sich eine Minderheit, die ab dem Frühjahr 2020 laut gegen tatsächliche und vermeintliche Einschränkungen zu protestieren begann. Diese Proteste ließen sich ob einer Vielzahl von Hintergründen der beteiligten Akteur\_innen nur schwer festmachen. So demonstrierten Impfgegner\_innen und Esoteriker\_innen neben Corona-Leugner\_innen und Reichsbürger\_innen. Auch die Orte, an denen die Proteste auftraten, waren vielfältig. In Berlin formierte sich ein Protestzirkel um das kapitalismuskritische „Haus Bartleby“, das seit Protestbeginn auch die Zeitung „Demokratischer Widerstand“ publizierte und unter dem Slogan „Nicht ohne uns!“ demonstrierte. Auch Akteur\_innen wie beispielsweise der vegane Koch Attila Hildmann oder der ehemalige Radiomoderator Ken Jebsen mobilisierten mit kruden Verschwörungsmynthen für die Bewegung und nutzten dafür hauptsächlich die Plattformen Telegram respektive YouTube. Weitere große Proteste fanden auch in Stuttgart statt, wo sich unter dem Motto „Querdenken 711“ und der Initiative von Martin Ballweg eine weitere Bewegung formierte. Auch hier bemühte man sich, sich einen friedlichen Anstrich zu geben – gleichzeitig wurden klar extrem rechte Inhalte geteilt. Im Vergleich zu anderen Ländern Europas fällt hier nicht nur die

große Anzahl an Demonstrationen und Beteiligten auf, sondern auch die Verbreitung zahlreicher (teilweise antisemitischer) Verschwörungsnarrative.

Trotz der eindeutigen Zuordnung und der Frequentierung von (extrem) rechten Akteur\_innen gelang es der AfD nicht, sich in diesen Protesten hervorzuheben – sie blieb bei einer Zustimmungsrate von etwa 9 bis 10 Prozent. Innerhalb der ohnehin bereits zerklüfteten AfD gab es jedoch Diskussionen, ob man sich in Hinblick auf Wähler\_innenstimmen stärker in die an Popularität gewinnenden Proteste einbringen sollte, was von vielen in der Partei gefordert wurde. Ein kleinerer Teil sprach sich für mehr Zurückhaltung aus, um die demokratische Legitimation nicht zu verlieren und nicht noch weiter mit rechtsextremen Kräften in Verbindung gebracht zu werden, besonders vor dem Hintergrund der aktuellen und weiteren potenziellen Beobachtung durch den Verfassungsschutz. Während die Partei also 2020 stagnierte und intern zerrissener war denn je, gewannen die Proteste an Zulauf und mobilisierten erfolgreich mit rechter Rhetorik, Fake News und Verschwörungserzählungen.

## FINNLAND

Im Gegensatz zu Deutschland formierten sich in Finnland keine solchen Proteste oder (Online-) Verschwörungen. Denn obwohl die Verbreitung von Fake News und Verschwörungsmethoden eigentlich ein wichtiger Katalysator rechter Bewegungen und Parteien sind, ging die rechtspopulistische Finnen-Partei einen anderen Weg. Anstatt sich an die Online-Mobilisierungsversuche einzelner extrem rechter Akteur\_innen anzuschließen, versuchte die Partei eine demokratisch-legitimierte Richtung einzuschlagen. Ihre Inhalte, ihre Rhetorik und die von den Akteur\_innen genutzten Plattformen sind dabei weniger der extremen Rechten und vielmehr der „rechten Mitte“ zuzuordnen. So werden klassische Kanäle genutzt, wie beispielsweise Parteimedien, soziale Medien und nationale Mainstream-Medien. Auch die Kritik an den Regierungsparteien und den starken Eingriffen in die Grundrechte der Bevölkerung fiel eher zurückhaltend aus. Im Vergleich zu anderen rechten Parteien befürwortete die Finnen-Partei explizit das Tragen eines Mund-Nasenschutzes.

Klare Kritik äußerte die Finnen-Partei jedoch im wirtschaftlichen Bereich, wo sie für eine „ökonomische Disziplin“ plädierte. Damit nahm sie Positionen der bürgerlichen Oppositionsparteien ein. Somit konnte die Finnen-Partei ihre Normalisierung weiter vorantreiben. Die hohen nationalen Ausgaben aufgrund der Pandemie stellten für die Finnen-Partei ein besorgniserregendes Thema dar. Daher setzten sie sich auch für kurzzeitig umfassende Unternehmungsschließungen ein, um den Betrieb anschließend schneller wieder aufnehmen zu können. Als euroskeptische Partei konnten sie darüber hinaus in ihrer Kritik an den EU-Hilfs- und Wiederaufbauprogrammen in der Bevölkerung ein glaubwürdiges Thema zur Corona-Krise etablieren. Die rechtspopulistische Partei argumentiert hier mit einer (vermeintlichen) Übervorteilung finnischer Steuerzahler\_innen, die durch ihre Leistung und Arbeit für die „Faulheit südeuropäischer Län-

der“ aufkommen würden. Dementsprechend hatte auch die einzig nennenswerte Demonstration 2020 den Austritt Finnlands aus der EU sowie ein Nein zu den EU-Hilfen zum Thema.

Die Umfragewerte der Finnen-Partei lagen vor der Pandemie bei über 24 Prozent und erfuhren damit ihre höchste Zustimmung. Während der Pandemie ging dieser Wert jedoch deutlich auf unter 20 Prozent zurück, da hier, wie in vielen anderen Ländern, besonders in der ersten Phase die Regierungsparteien mehr Zuspruch erhielten. Es lässt sich also konstatieren, dass die Finnen-Partei nicht von der Corona-Krise profitieren konnte. Auch die außerparlamentarische, fragmentierte extreme Rechte in Finnland konnte die Pandemie nicht für sich nutzen.

## FRANKREICH

Wie andere extrem rechte und rechtspopulistische Parteien versprach sich der Rassemblement National (RN) neben Forderungen von geschlossenen Grenzen und härteren Maßnahmen letztlich am meisten von einer Kritik an der Regierung im Umgang mit der Pandemie. Die Partei unterstellte der Regierung bereits Ende März eine „Staatslüge“, indem sie nicht adäquat auf die Corona-Krise reagierte, und anstelle selbst etwas daran zu ändern, immer weitere autoritäre Maßnahmen zur Entmündigung der Bevölkerung ergreife. Diese Anschuldigung wurde allerdings von anderen Parteien nicht geteilt. Gleichzeitig grenzte sich der RN von rechtsextremen Gruppen ab, die in den Maßnahmen totalitäre Strukturen sehen wollen. Jedoch suggerierte der RN auf rechtspopulistische Weise, für die „Befreiung“ der Bürger\_innen einzustehen, welche ihnen von den „Eliten“ verwehrt wurde. Zudem teilten RN-Wähler\_innen die These eines menschengemachten Virus und weiteren Verschwörungsmethoden häufiger, weshalb auch der RN damit operierte.

Eine weitere wichtige Komponente des RN ist Nationalchauvinismus und ein Beharren auf nationaler Souveränität. Ähnlich wie in Finnland kritisierte die Partei daher die EU-Hilfs- und Wiederaufbauprogramme und sprach dabei von einer „antinationalen Vision“. An der Corona-Krise würde der „Niedergang Frankreichs“ ersichtlich. Die Forderungen des RN nach nationalen Grenzen ergänzten sich also auch in der Pandemie mit ihrer Kritik an Globalisierung und EU. Außerdem ließ sich damit gut an ein zentrales Themenfeld des RN anschließen: Sicherheit. Dem RN gelang es, dieses für die Partei so wichtige Thema in die Zeit der Pandemie zu übertragen und je nach Situation für sich zu nutzen. So kritisierten sie den Vorschlag der Regierung, manche Gefangene vorzeitig zu entlassen da sich in den engen Räumen der Gefängnisse das Virus leichter überträgt. Auf der anderen Seite kolportierte der RN immer wieder in Äußerungen, Migrant\_innen hielten sich nicht an Ausgangsbeschränkungen – seien also kriminell –, was die Gefahr der Ansteckung durch sie erhöhe. Auch für die kommenden Wahlen in den Jahren 2021 und 2022 wird Sicherheit für den RN eine wichtige Rolle spielen, da das Thema laut Umfragen für die Bevölkerung stetig an Bedeutung gewinnt.

Während der Pandemie konnte sich die Partei nicht allzu stark über ihre Strategie als „Anti-Establishment“ und ihre inhaltliche Ausrichtung profilieren. Marine Le Pen liegt in Umfragen zur nächsten Präsidentschaftswahl aktuell zwar gleichauf mit Emmanuel Macron, allerdings wäre sie im zweiten Wahlgang klar unterlegen. In Hinblick auf die wirtschaftlichen und sozialen Nachwirkungen der Corona-Krise könnten sich jedoch noch langzeitliche Effekte einstellen und es dem RN doch gelingen, letztlich davon zu profitieren.

## GRIECHENLAND

Die Themen der extremen Rechten in Griechenland bezog sich in den letzten Jahren hauptsächlich auf Immigration und den Namensstreit um Nordmazedonien. Letzterer wurde im Jahr 2018 beigelegt, und Debatten über Geflüchtete und Migrant\_innen haben an Mobilisierungskraft verloren. Insofern lag ein Aufgreifen der Corona-Krise für rechte Akteur\_innen nahe. Die erste Welle der Pandemie verlief in Griechenland jedoch vergleichsweise gemäßigt und die Zahlen der Ausbrüche konnten durch strikte Maßnahmen eingedämmt werden. Allerdings legte die Pandemie Probleme im Gesundheitssystem offen. Die Opposition kritisierte besonders, dass dieses nicht ausreichend auf die Herausforderungen eingestellt wurde.

Unmittelbar mit Ausbruch der Pandemie waren Verschwörungsideologien fester Bestandteil des öffentlichen Diskurses, vor allem in den sozialen Medien. Medizinische Fakten wurden geleugnet oder verdreht, außerdem griffen die kleine rechtspopulistische Partei Elliniki Lysi („Griechische Lösung“) sowie außerparlamentarische Gruppen offen Wissenschaftler\_innen und deren Glaubwürdigkeit an. Viele glauben auch, dass die Todeszahlen übertrieben seien. Verschwörungserzählungen stehen in Griechenland traditionell hoch im Kurs und werden zu allen möglichen Themen rasch verbreitet. Dennoch blieb eine Mobilisierung über Verschwörungen, wie es in Deutschland passierte, weitgehend aus. Auch die Demonstrationen waren vergleichsweise marginal und betrafen in erster Linie Eltern, die ihre Kinder ohne Masken in die Schule schicken wollten. Ein potenzieller Impf-Diskurs steht noch aus, doch bisher gab es nur von Seiten der Elliniki Lysi Verschwörungsansätze dazu.

Auch wenn deshalb keine Demonstrationen organisiert wurden, gab es doch Unmut aufgrund von Abstandsregelungen und Einschränkungen bei Kirchenbesuchen. Der Einfluss der Griechisch-Orthodoxen Kirche (GOK) in Griechenland ist nach wie vor groß und ihre Stimme in Bezug sowohl auf rechte Ideologien als auch auf das Corona-Virus laut. Progressive Bischöfe hatten sich zwar für die strikten Maßnahmen zur Eindämmung des Virus ausgesprochen, doch der Großteil der Bischöfe ist konservativ und sieht die GOK als Opfer der Maßnahmen. Viele Bischöfe sahen darin eine Attacke auf die GOK und kritisierten dies auch öffentlich. Diese Ansicht wurde von vielen Rechten und Konservativen in der Bevölkerung geteilt. Insgesamt hat die GOK aufgrund mangelnder Modernisierung zwar leicht an Einfluss verloren, doch hat sie noch immer Symbolkraft. So steht die GOK in langer Tradition rechter Ideologien, und einige Bi-

schöfe unterstützten Politiker der Goldenen Morgenröte (GM) bis zu ihrer Einstufung als kriminelle Vereinigung im Oktober 2020.

Die Pandemie scheint den extrem rechten außerparlamentarischen Gruppen und Parteien keinen Aufschwung verschafft zu haben. Durch den Prozess, der 2020 zur Verurteilung der GM-Parteispitzen führte, verlor die Partei bereits 2019 ihre Sitze im Nationalparlament. Außerdem bemüht sich die regierende konservative Nea Dimokratia verstärkt um die Integration von Kräften am rechten Rand, sodass der politische Spielraum für andere Bewegungen und Parteien dieses Spektrums derzeit eher klein ist. Die Partei Elliniki Lysi bietet möglicherweise in Zukunft einen Ausweich-Anlaufpunkt, ihr Vorsitzender verfügt jedoch über eine zu geringe Ausstrahlung, um Anhänger\_innen seiner Positionen bisher in großem Umfang zu mobilisieren. Allerdings ist es oft schwierig abzuschätzen, wie groß der Zulauf tatsächlich ist, da Personen am rechten Rand in Bezug auf Umfragen und Wahlen schwer erfassbar sind. Außerdem könnten besonders die wirtschaftlichen Folgen der Krise und die Unzufriedenheit in der Bevölkerung zu einem Erstarken rechter Parteien beitragen (jedenfalls ist es unwahrscheinlich, dass linke Kräfte in der nächsten Zeit profitieren können).

## ITALIEN

Italien war das erste von der Pandemie betroffene Land in Europa. Die strikten Maßnahmen der Regierung zur Bekämpfung des Virus (der erste Lockdown Italiens war der schärfste in Europa) erfuhren eine große Unterstützung durch die Bevölkerung. Die Regierung, seinerzeit gebildet aus der populistischen, teils europakritischen Fünf-Sterne-Bewegung und Partito Democratico, erlangte unter der Führung von Giuseppe Conte hohe Zustimmungswerte. Öffentliche Proteste gegen den Kurs der Regierung gab es während der ersten Welle nicht, auch Verschwörungsmythen oder ein Infragestellen der Gefährlichkeit des Virus ist in Italien bisher nicht in nennenswerter Weise festzustellen. Zu groß war die Wucht der Pandemie im Frühjahr 2020, die das Gesundheitssystem an den Rand des Zusammenbruchs gebracht hatte, zu erschütternd die Bilder aus den Krankenhäusern und der Militärlaster aus Bergamo. So entschieden die Regierung Schließungen verordnete, so schwankend und irrlückernd war zu Beginn die Reaktion der rechtspopulistischen Parteien, die mal sofortige Öffnung und dann wieder totale Schließung forderten. In diesem Zusammenhang kam es zu Spannungen, insbesondere zwischen der nationalen und den regionalen Regierungen. Die am stärksten betroffenen Regionen (Lombardei, Piemont und Veneto) werden von der Lega regiert, und hier gab es durchaus divergierende Interessen zwischen dem schwankenden Kurs des Parteivorsitzenden Matteo Salvini und den regionalen Regierungsverantwortlichen. Die extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien Lega, Forza d'Italia und Fratelli d'Italia verlegten sich auf eine Grundsatzkritik einer vermeintlich mangelnden Handlungsfähigkeit der Regierung und versuchten in der ersten Phase antieuropäische Ressentiment zu schüren, dass die EU Italien abermals (nach der Finanzkrise 2008 sowie der Krise im Umgang mit Migration 2015) im Stich gelassen und

nicht geholfen hätte. Die Etablierung der EU-Hilfs- und Wiederaufbauprogramme, zu deren Hauptbegünstigten Italien mit 209 Milliarden Euro gehörte, entzogen dieser Argumentation allerdings die Grundlage. Salvini versuchte seinen rassistischen Diskurs mit der Pandemie zu verbinden (ganz Italien sei geschlossen, nur die Häfen für „illegale Immigration“ geöffnet), allerdings ohne besonderen Erfolg: bei den Italiener\_innen überwogen die echten Nöte und Existenzängste über den imaginierten.

Die populistischen Parteien in Italien stellten die Gefährlichkeit des Virus an sich nicht grundsätzlich in Frage und versuchten sich auch in keiner Protest-Bewegung zu profilieren, die es so in Italien im Unterschied zu Deutschland ohnehin bisher nicht in nennenswertem Maße gab. Das Tragen von Masken und Impfungen wurden auch nicht in Frage gestellt. Die extreme Rechte nutzte eher klassische rechte Zugänge wie die Angst vor Immigration, Fake News und Wissenschaftsfeindlichkeit, um die Regierung zu attackieren. Doch dieser populistische Diskurs vermittelte letztlich mehr Unsicherheit in der Bevölkerung, weswegen wenig Vertrauen in das Krisenmanagement der rechten Parteien gelegt wurde. Rechte Parteien hatten sich auf traditionelle Frames eingeschworen anstatt „staatstragende“ Verantwortung und Krisensicherheit zu beweisen. Was in vergangenen Krisen eine erfolgsversprechende Strategie war, stellte sich hier als falscher Zugang heraus. Versuche wie das Ausspielen von „Ausländern“ gegen „Italiener“ durch Salvini funktionierten nicht, da das Framing in der Bevölkerung bereits ein anderes war, nämlich dass das Coronavirus sich unabhängig von Grenzen verbreitet. Auch eine populistische Polarisierung zwischen „Volk“ und „Elite“ scheiterte daher.

In Italien blieb der Zuspruch für rechte Parteien letztlich mehr oder weniger auf demselben Level wie zuvor, auch wenn die Fratelli d'Italia im Vergleich zur Lega etwas mehr profitieren konnten, da ihre Zustimmungswerte ein wenig stiegen. Zusammengefasst lässt sich sagen, dass die rechtspopulistischen Parteien zwar von der COVID-19-Pandemie bisher nicht profitieren konnten – geschadet hatte sie ihnen allerdings auch nicht.

## SCHWEDEN

Schweden beschritt in der Reaktion auf die Pandemie von Beginn an einen eigenen Weg. Das lag einerseits daran, dass in der schwedischen Verfassung keine Möglichkeit zur Ausrufung eines Ausnahmezustandes verankert ist, und so harte Maßnahmen gar nicht erst verordnet werden können. Eine Verabschiedung entsprechender Gesetze wäre aus Sicht der Regierungskoalition wegen der fehlenden Mehrheiten im Parlament ohnehin nicht möglich gewesen. Andererseits prägt Schweden eine sehr hohe Vertrauensrate in Institutionen und Regierung, und eine starke „Kultur der Freiwilligkeit“. Vor diesem Hintergrund ist es nachvollziehbar, dass Schweden wenige Restriktionen ausgab und stattdessen auf eine Strategie der Vernunft und Freiwilligkeit in Bezug auf Reisebeschränkungen, Abstandsregelungen und Hygienemaßnahmen setzte. Die Argumentation lautete, dass damit die Wirtschaft nicht in dem Maße zu Schaden komme, wie

dies bei einem massiven Lockdown der Fall wäre. Aber auch die hohen sozialen Kosten eines Lockdowns, beispielsweise die Folgen für junge Menschen kurz vor dem Schulabschluss, wurden von Anfang an als entscheidende Faktoren einbezogen. Das Ziel der Strategie war es, wie in anderen Ländern auch, zu verhindern, dass das Gesundheitssystem kollabiert. Schulen blieben bis zur 8. Klasse offen, da die Behörden schwere Nachteile und Schäden für sozial benachteiligte Kinder verhindern wollten. Dennoch hatte man sich vom Ansatz der Freiwilligkeit und der Kostenabwägung mehr erwartet: Denn Ende des Jahres waren bereits mehr als 6.000 Todesopfer zu beklagen, viele davon aus der Gruppe der Über-70-Jährigen und in Altenheimen. Trotz der vielen Todesfälle war das Vertrauen in das Gesundheitsministerium mit etwa 60 Prozent sehr hoch. Obwohl es besonders im Vergleich mit den anderen nordischen Ländern mehr Tote gab, war der ökonomische Verlust nicht geringer als in diesen Ländern. Die Todeszahlen waren allerdings immer noch niedriger verglichen mit Frankreich, Italien oder Spanien, wo ein harter Lockdown durchgeführt wurde.

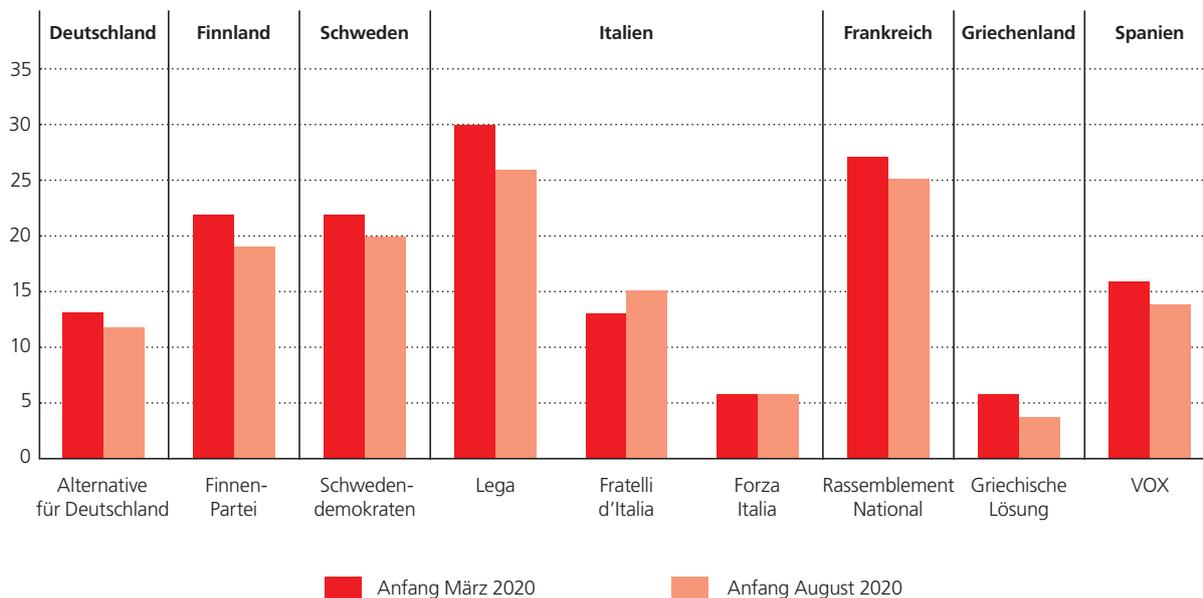
Wie auch in den meisten anderen Ländern gab es zu Beginn der Pandemie einen „Waffenstillstand“ zwischen den Parlamentsparteien. Bis Juni trafen sich alle Parteien wöchentlich, um über gesundheitliche, wirtschaftliche und rechtliche Maßnahmen zu beraten. Dies stellte insofern ein Novum dar, als die rechtspopulistische Partei der Schwedendemokraten aufgrund ihrer rechten Ausrichtung bisher isoliert wurde – sie miteinzubeziehen bedeutete, ihr in der parlamentarischen Arena Raum zu geben. Mit dem vehementen Anstieg der Todesfälle äußerte sich der Parteivorsitzende der Schwedendemokraten jedoch kritisch gegenüber den Maßnahmen der Regierung und forderte den Rücktritt des Chef-Epidemiologen Anders Tegnell. Außerdem beschuldigte er die Regierung, sich vor der Verantwortung angesichts der hohen Zahlen zu drücken. Er unterstellte zudem mittels Rückgriff auf das rechte Paradethema Migration, dass die meisten Todesfälle in Altenheimen auftraten, weil bei der Auswahl der Pfleger\_innen (von denen viele eingewandert sind) nicht ausreichend auf Schwedisch-Kenntnisse geachtet würde.

Anders als in anderen Ländern standen die Schwedendemokraten Impfungen offen gegenüber. Nachdem bei der Impfung gegen die sogenannte Schweinegrippe Impfschäden aufgetreten waren, setzte sich die Partei jedoch für mögliche Entschädigungen ein. Auch in Hinblick auf Verschwörungen traten die Schwedendemokraten gemäßigter auf und verstärken diese nicht, obwohl ungefähr 30 Prozent der Bevölkerung von einem von Menschen hergestellten Virus ausgingen. In Bezug auf wirtschaftliche Unterstützung für Unternehmen in Schweden sowie deren Arbeitnehmer\_innen, EU-Skepsis und die Ablehnung von solidarischen EU-Hilfs- und Wiederaufbauprogrammen reihten sich die Schwedendemokraten allerdings in die Linie anderer rechter Parteien in Europa ein.

Die Schwedendemokraten konnten nicht direkt von der Corona-Krise profitieren. Zu Beginn der Pandemie sanken ihre Umfragewerte, während die Unterstützung für die Regierung stieg. Allerdings erreichten sie zumindest teilweise eine Normalisierung in der parlamentarischen Arena, da sie an

Abbildung 2

**Profiteure der Angst? Umfrageergebnisse rechtspopulistischer Parteien zu Beginn und während der Pandemie, 2020**



Quellen: Eigene Darstellung; Daten von Politico 2021: Poll of Polls. Polling from across Europe, [www.politico.eu/europe-poll-of-polls/](http://www.politico.eu/europe-poll-of-polls/) (Letzter Zugriff: 11.02.2021)

den wöchentlichen Beratungsgesprächen beteiligt wurden und damit mit den konservativen Parteien in Kontakt gerieten. Längerfristig ist dies als Gewinn aus der Krise möglicherweise bedeutender als eine kurzfristige Mobilisierung von Wähler\_innenstimmen.

## SPANIEN

Mit dem Einzug der rechtspopulistischen Partei VOX in die Parlamente lässt sich in Spanien eine Diskursverschiebung nach rechts und von zuvor eher fundamentalistisch-nationalistischen Positionen zu populistischeren Ansätzen innerhalb der Partei verzeichnen. Der neue Diskurs richtet sich insbesondere gegen die Globalisierung und supra-nationale Organisationen wie die EU. Ein Diskursmuster von VOX, die den „kleinen Mann“ zu repräsentieren sucht, ist die rhetorische Polarisierung zwischen einem „lebendigen Spanien“ („la España viva“), für das sie sich einsetzen, und einem „toten Spanien“ („España muerta“), zu dem beispielsweise die Medien, die „Elite“, oder aber auch Befürworter\_innen von Gendergerechtigkeit gehören. Dabei imaginiert VOX das „gute Volk“, das einer „korrupten Elite“ gegenübersteht. Dieses Narrativ, zu dem auch die „Enthüllung“ von angeblichen Geheimnissen oder Verschwörungen gehört, zählt zur aktuell angewandten Strategie von VOX.

Die noch junge Partei VOX ist eine der wenigen rechten Parteien in Europa, die sich nicht primär über das Thema Migration profiliert, sondern durch ihren Fokus auf die „nationale Einheit“ – dabei macht sie sich die Polarisierungen im Zuge der separatistischen Bestrebungen einiger Bewegungen wie

der katalanischen Unabhängigkeitsbewegung zu Nutze. Die Corona-Krise schien eine weitere Gelegenheit zu bieten, sich klarer thematisch zu positionieren. Einerseits reagierte VOX ebenso wie rechte Parteien in anderen Ländern zunächst konsensual und trug den ersten nationalen Ausnahmezustand („estado de alarma“) zur Eindämmung der Pandemie, wie zum Beispiel Ausgangssperren, mit. Danach änderte VOX die Strategie und lehnte alle weiteren Maßnahmen der progressiven Regierung ab – eine Haltung, die im Oktober 2020 in einem Misstrauensantrag gegen die Regierung gipfelte (dieser scheiterte jedoch grandios). Zugleich bot der wachsende Unmut in der Bevölkerung eine Gelegenheit, Menschen für öffentlichkeitswirksame Demonstrationen gegen die Regierung zu mobilisieren. Diese von VOX organisierten Demonstrationen fielen im Gegensatz zu Deutschland allerdings kleiner aus und sie hatten statt persönlicher „Freiheitsrechte“ das „generelle Missmanagement der Regierung“ zum Thema. So gelang es VOX, das Misstrauen und die Ablehnung gegenüber der Regierung innerhalb eines Teils der Bevölkerung zu konsolidieren.

Im Vergleich zu anderen rechten Parteien konnte sich VOX mittels einer effektiven Strategie in den sozialen Medien etablieren und somit auch die jüngere Bevölkerung in Spanien erreichen. Von allen spanischen Parteien hat VOX die meisten Follower in sozialen Netzwerken wie beispielsweise Instagram.

Dennoch gelang es VOX nicht, die Corona-Krise für sich zu nutzen und ihre Umfragewerte substantiell zu erhöhen. In der ersten Welle der Pandemie übte sie jedoch Einfluss auf den Diskurs der konservativen Partido Popular (PP) aus und trug so mit dazu bei, dass die PP die Pandemiemaßnahmen

der progressiven Regierung nicht weiter unterstützte. Diese Einflussnahme auf die konservative Partei wurde jedoch revidiert, als die PP sich nicht nur gegen den Misstrauensantrag von VOX im Oktober stellte, sondern auch gegen VOX selbst. Durch diese klare Abgrenzung der PP von VOX wurde VOX wieder verstärkt als rechtspopulistische (und nicht konservative) Partei wahrgenommen und die damit einhergehende parlamentarische Isolierung entzogen ihr Legitimität im rechten Wähler\_innenspektrum. Es wird sich zeigen, ob VOX ihre Strategie daher ändern wird, oder ob sie an ihrer antagonistisierenden Rhetorik festhält.

## PROFITEURE DER ANGST?

Obwohl die oben genannten Länder unterschiedliche Hintergründe in Bezug auf die Entstehung und Ausprägung von COVID-19 aufweisen – Italien und Spanien waren beispielsweise deutlich stärker von der Pandemie getroffen – und auch unterschiedlich dominante rechtspopulistische bis extrem rechte Parteien vorzufinden sind, zeigen sich über Grenzen hinweg dennoch Überschneidungen. Dieser Abschnitt analysiert auf Grundlage der einzelnen Länderberichte, welche Gemeinsamkeiten und Unterschiede feststellbar sind und ob es den rechten Parteien insgesamt gelang, die Pandemie für sich zu nutzen.

Die Corona-Krise stellte sich zu Beginn als denkbar ungünstiges Unterfangen für (extrem) rechte Belange dar. Das Thema Gesundheit findet sich, abgesehen von sozialdarwinistischen Motiven, nicht unbedingt auf ihrer Agenda. In der Bevölkerung wurde das Virus bald als ernsthafte Bedrohung erkannt und strikte Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie folglich akzeptierend aufgenommen – was das Finden einer eigenen rechten Position zusätzlich erschwerte. Das zeigte sich einerseits in einer weitgehend konstruktiven Zusammenarbeit der extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien mit der Regierung. Andererseits spiegelten mäandernde Vorschläge, wie mit der Situation umzugehen sei, diese suchende Haltung wider.

Diese anfängliche Unsicherheit, was für die Rechten aus dem Thema zu holen sei, änderte sich jedoch schnell. Die Regierungsstrategien anzugreifen zeigte sich in fast allen Ländern als gangbarer Weg, um ein distinktives Profil wiederzuerlangen. Dennoch konnten nach aktuellem Stand extrem rechte und rechtspopulistische Parteien nicht grundsätzlich von der Corona-Krise profitieren. Ihre Umfragewerte sanken eher, und es gelang ihnen nicht, neue Mitglieder zu rekrutieren. In Deutschland konnte aufgrund der Proteste zwar für rechte Anliegen und eine rechte Bewegung mobilisiert werden, allerdings wird statt Ambitionen einer Regierungsbeteiligung eher ein Regierungsumsturz herbeigesehnt, was im Mainstream auf keine allzu breite Unterstützung treffen wird. In Spanien trug die VOX zu einer Verschiebung der Rhetorik nach rechts bei, versetzte sich allerdings selbst ins parlamentarische Aus. Der Finnen-Partei und teilweise den Schwedendemokraten wiederum gelang es, als ernstzunehmende parlamentarische Kraft wahrgenommen zu werden. Dieses Bestreben um Normalisierung und Etablierung war aber teilweise auch schon vor der Pandemie zu beobachten. In Grie-

chenland deckt die regierende konservative Partei das rechte Spektrum mit ab, weshalb in naher Zukunft kein Platz für eine extrem rechte oder rechtspopulistische Partei sein dürfte. In Italien schließlich scheint sich die rechte Opposition damit abgefunden zu haben, aufgrund der Pandemie nicht profitieren zu können und sich stattdessen bereits auf die nächsten Wahlen vorzubereiten.

## VERSCHWÖRUNGEN

Die Kritik an den getroffenen Maßnahmen wirft die Frage nach rechten Strategien in Umgang mit der Pandemie auf. Dazu muss zunächst geklärt werden, ob für die extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien in der vorliegenden Länderauswahl Corona ernst genommen wird, da diese Leugnung immer wieder in rechten Kreisen zirkulierte. In unserer Analyse der Parteien wurde das Virus jedoch nicht pauschal infrage gestellt. In Schweden, Finnland und Griechenland wurden von rechter Seite auch kaum Verharmlosungen oder gar Verschwörungen dazu in Umlauf gebracht. Allerdings äußerte sich beispielsweise in Deutschland ein AfD-Bundestagsabgeordneter dahingehend, dass eine Erkrankung an COVID-19 einen Verlauf wie bei einer Grippe nehme und die getroffenen Maßnahmen damit unnötig seien. Er spekulierte auch, dass diese Übertreibung von Seiten der Bundesregierung absichtlich betrieben würde, um damit entsprechende, ideologisch motivierte Politik zu betreiben. Eben solche Verschwörungserzählungen über vermeintlich üble Mächenschaften von „Eliten“ oder antisemitische Feindbilder bilden in Deutschland gemeinsam mit esoterischen Ansätzen und der Ablehnung von Impfungen und Wissenschaft den rechten Diskurs zur Pandemie. In landesweiten Protesten und online werden diese Narrative herangezogen, um für „persönliche Freiheitsrechte“ und gegen „Zwangsmaßnahmen“ der Regierung zu protestieren.

Der französische rechtsextreme RN wiederum äußerte die Vermutung, die französische Regierung vertusche durch autoritäre Maßnahmen und Entmündigung der Bürger\_innen ihre eigenen Fehler und Versäumnisse im Gesundheitssystem. Außerdem griff er „alternative“ Erklärungen zur Entstehung der Pandemie unter seinen Wähler\_innen auf und äußerte Zweifel am tierischen Ursprung des Virus. Italiens Salvini und Meloni nannten die Verschwörung gleich beim Namen und behaupteten bereits im März, dass das Virus in einem Labor in Wuhan hergestellt wurde. Auch in Spanien sprach die VOX von einem in China kreierte Virus.

## MIGRATION

Solch rassistische (und später teils auch antisemitische) Äußerungen sind Teil einer Strategie extrem rechter und rechtspopulistischer Parteien im Umgang mit der Pandemie. Nachdem Migration als rechtes Kernthema zunächst nicht offenkundig war, kristallisierten sich schon bald vier Framings heraus, wie das Themenfeld Migration im Kontext der Corona-Krise Verwendung fand. Erstens wurde die Sorge geäußert, das Virus würde durch (Arbeits- oder Flucht-)Migration in das Land gelangen. Die Schließung von Grenzen stellt ohnehin

eine Kernforderung der Rechten dar, für die Corona-Krise wurde sie nun umfunktioniert und nun als Schutz vor dem Virus verwendet. Dass viele Regierungen als Virusschutz diese Maßnahme schnell getroffen hatten, nahmen rechte Parteien wohlwollend zur Kenntnis.

Zweitens wurden migrantische Viertel, wie in Frankreich, oder Arbeiter\_innen, wie in Schweden, unter Generalverdacht gestellt, das Virus zu verbreiten. In Frankreich wurde von Le Pen suggeriert, in Vierteln mit höherem Migrationsanteil würde man sich nicht an Ausgangssperren halten. Die Schwedendemokraten wiederum führten steigende Fallzahlen in Altenheimen zurück auf eine erhöhte Gefahr durch „schlecht integriertes“ migrantisches Pflegepersonal, deren Sprachkenntnisse nicht ausreichend seien. Auch in Italien konstruierte die Rechte eine Dichotomie aus „schützenswerten Italienern“, die aufgrund der Pandemie an das Haus gebunden seien, und neu ankommenden Geflüchteten, die möglicherweise infiziert seien und so das Virus ins Land brächten. In eine ähnliche Kerbe schlug VOX, die in Madrid für eine Verlangsamung von Einwanderung plädierten, da sie der Meinung waren, Migrant\_innen würden das Virus importieren.

Drittens wurde in mehreren Ländern ein Anstieg anti-asiatischen Rassismus verzeichnet. In Deutschland beispielsweise gab es ab Februar 2020 online und offline deutlich vermehrte Übergriffe auf asiatisch gelesene Menschen, da ihnen unterstellt wurde, sie würden das Virus von China nach Deutschland bringen.

Viertens gab es aktive Versuche, die Verbreitung des Virus mit Flucht und Asyl in Verbindung zu bringen, wie unter anderem eine Griechenland-Reise des RN veranschaulichte. Dieses Framing scheiterte aufgrund ausbleibender Fälle und Verbreitung. Der griechische Diskurs wäre mit dramatischen Fallzahlen in Geflüchteten-Lagern wohl anders verlaufen.

## EU UND GLOBALISIERUNG

Ein weiteres verbindendes Thema rechter Parteien über Ländergrenzen hinweg in Zeiten der Corona-Krise ist die Rückbesinnung auf die Nation. Damit wurden Anti-Globalisierung und EU-Skeptizismus vermehrt angesprochen, und rechte Parteien konnten diese Positionen weiter ausbauen. So verortete Le Pen die Verantwortung für die Pandemie in der „ultraliberalen Globalisierung“, deren Ziel die Abschaffung von Grenzen und Nationalstaaten sei. Auch die EU-Hilfs- und Wiederaufbauprogramme liest der RN als „antina-tionale Vision“ um eigene nationalstaatliche Kompetenzen zu untergraben. VOX argumentiert ähnlich und lamentiert eine drohende Auflösung des spanischen Nationalstaats in einer föderalen EU. Auch die Finnen-Partei sieht, wie die Schwedendemokraten im Nachbarland, den solidarischen Beitrag Finnlands an den EU-Hilfs- und Wiederaufbauprogrammen als Aufgabe der eigenen Souveränität und wies auf die Last einheimischer Steuerzahler\_innen hin, die dafür hart arbeiten müssten. Damit reiht sie sich jedoch in den bürgerlich-konservativen Mainstream in Finnland eher ein, als sich davon abzugrenzen. Die AfD betonte ebenso ihre Sorge

vor finanzieller Ausbeutung deutscher Steuerzahler\_innen zugunsten anderer europäischer Länder. Auch Italiens rechte Parteien warnten vor einer gemeinsamen Finanzierung und erinnerten an die von der EU auferlegte, strikte Sparpolitik Italiens. Schweden wiederum kämpfte an der Seite der Niederlande, Dänemarks und Österreichs gegen größere EU-Hilfs- und Wiederaufbauprogramme und setzte sich für Kredite statt Förderungen ein.

## DEMONSTRATIONEN

Nachdem sich in Deutschland auffallend große Demonstrationen formierten, stellt sich die Frage, ob es in anderen Ländern ebenso zu Protesten kam. In Spanien organisierte VOX im Mai und im Oktober, bedingt durch die Kontaktbeschränkungen aufgrund von COVID-19, Demonstrationen in Form von Auto-Konvoys, um gegen das Krisenmanagement der Regierung während der Pandemie zu protestieren. In Italien fanden zwar vereinzelt kleinere Demonstrationen statt, allerdings nahmen Salvini und Meloni nicht daran teil und unterstützten diese auch nicht öffentlich. Die Protestierenden stammten hier vor allem aus dem Milieu einschlägiger Akteur\_innen, wie Impfgegner\_innen oder QAnon-Anhänger\_innen.

In Schweden oder Griechenland wiederum fanden kaum nennenswerte Demonstrationen statt. In Schweden gab es äußerst kleine Demonstrationen vor dem Parlament, bei denen jedoch keine Parteien beteiligt waren. In Griechenland gab es vereinzelt Protest gegen das Tragen des Mund-Nasenschutzes, allerdings fast ausschließlich im Kontext von Schulöffnungen und dem Umgang mit Schulkindern. Rechte Parteien schienen für diese Proteste jedoch keine Rolle zu spielen. In Finnland konnte lediglich eine bedeutende Demonstration registriert werden, und zwar wurde hier gegen europäische Hilfs- und Wiederaufbauprogramme und für einen Austritt aus der EU mobilisiert. Daraus resultierend eröffnete die Jugendorganisation der Finnen-Partei im Anschluss daran ein Referendum zum finnischen Beitrag am EU-Hilfspaket.

## WAS TUN?

Nach einem Jahr COVID-19-Pandemie (und noch ohne konkretes Ende in Sicht), lässt sich als Momentaufnahme sagen, dass die untersuchten rechten Parteien keinen direkten Profit aus dieser Krise schlagen konnten. Allerdings gilt es weitere Entwicklungen abzuwarten, denn insbesondere die sozialen und ökonomischen Nachwirkungen könnten dies noch verändern. In Deutschland, Frankreich, Griechenland, Italien und Spanien scheint das Potenzial für einen verspäteten, extrem rechten respektive rechtspopulistischen Erfolg zumindest vorhanden und in Finnland und Schweden kann bereits jetzt eine teilweise Normalisierung der rechten Parteien im Politikalltag beobachtet werden. Die Chancen für eine Beteiligung an einer zukünftigen bürgerlich-konservativen Regierung als Unterstützer\_innen oder gar als Koalitionspartner\_innen und damit politischen Einfluss haben sich für die Schwedendemokraten und die Finnen-Partei verbessert. Und in Deutschland könnte es der AfD langfristig ge-

lingen, doch noch an die Erfolge der breiten Protestmobilisierungen anzuschließen. Tatsächliche (und gefühlte) wirtschaftliche Verlierer\_innen werden aktuell eher wenig gehört – wenn das so bleibt, besteht die Gefahr, dass die Rechte zum (einzigsten) Sammelbecken für deren Zweifel und Unsicherheiten wird.

Dadurch, dass diese Entwicklungen jedoch in Teilen noch offen sind, haben demokratische Kräfte die Möglichkeit, dem entgegenzuwirken. Daher widmet sich der folgende Abschnitt den Erkenntnissen der Länderanalysen und leitet mit Blick auf die EU Handlungsempfehlungen für den Umgang mit extrem rechten Akteur\_innen ab.

Ein zentraler Punkt im Umgang mit extrem rechten und rechtspopulistischen Parteien ist die Art des geführten gesellschaftspolitischen Diskurses. Dies gilt jenseits der Pandemie generell für den Umgang mit rechten Kräften. Der Ton, in dem andere Parteien diesen Debatten begegnen, hat oft weitreichende Auswirkungen. In Spanien beispielsweise reagierten progressive Kräfte bereits vor der Corona-Krise mit Polarisierung und Anschuldigungen, was VOX letztendlich in der Bevölkerung eher legitimierte und Sympathien einbrachte. Wie würde die Situation in Spanien aussehen, wenn das progressive Lager sich nicht direkt mit rechten Parteien auseinandergesetzt hätte, sondern stattdessen mit den eigenen Themen und Zugängen? Ein Isolieren rechter Parteien könnte verhindern, dass sie als Teil des Diskurses betrachtet werden. Dementsprechend würde sich auch eine etwaige Polarisierung verschieben.

Generell scheint sich in der Krise zu zeigen, dass die allgemeinen Hinweise, die Expert\_innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft zum Umgang mit extrem rechten und rechtspopulistischen Kräften seit Jahren formulieren, für die Zeit der Pandemie ebenso zutreffen. Solidarität und den sozialen Zusammenhalt stärken, eigene Themen klar, transparent und glaubwürdig bearbeiten und weniger auf die anderen schießen. Ein zwar offener, aber vor allem klar demokratischer gesellschaftlicher Diskurs nehmen antidemokratischen Strömungen die Angriffsfläche. Drei Punkte sind hier besonders nennenswert<sup>3</sup>:

### 1. Rechte Parteien diskursiv und im Parlament isolieren

Sicherlich verschwinden rechte Kräfte nicht einfach von selbst, wenn man sie lange genug ignoriert. Dennoch muss diesen Parteien und Diskursen nicht auch noch ein Forum geboten werden. Auf parlamentarischer Ebene macht es also Sinn, extrem rechte und rechtspopulistische Parteien weitestgehend zu isolieren, keinen Dialog zu suchen und sie nicht wie andere – demokratische – Kräfte zu behandeln, um so eine Normalisierung zu verhindern. Gerade weil sich rechte Kräfte in dieser Arena bemühen, sich als demokratisch und parlamentarisch zu legitimieren, ist eine klare Abgrenzung besonders notwendig.

Eine weitere zielführende Ausgrenzung extrem rechter Gruppierungen könnte darin bestehen, diese schneller (z.B. bei Straffälligkeiten wie nach dem Verbotsgesetz) und rigoroser zu verbieten. Dies gilt auch für extrem rechte Inhalte und Auftritte in den sozialen Medien (s. auch Punkt 3). Auch eine demokratische Bearbeitung und Debatte jener Themen, die ansonsten Potenzial für rechtes Agenda-Setting bieten, wie soziale Ungleichheit, gefühlte Deprivationserfahrungen oder auch Migration, ist angeraten (s. dazu Punkt 2).

Sowohl demokratische Parteien als auch die Zivilgesellschaft müssen also ihre Distanz zu rechten Politiker\_innen und Gruppierungen wahren, deren Strategien offenlegen und eine eigene, demokratische Aufbereitung aktueller Themen verfolgen um (extrem) rechten Akteur\_innen möglichst wenig Raum in der Debatte zukommen zu lassen. Mit Blick auf die Pandemie ließe sich ableiten, dass rechten Protesten und Verschwörungen nicht zu viel Raum und Sichtbarkeit gegeben werden sollte, da dies solche Positionen in erster Linie legitimiert und verbreitet.

### 2. Durch progressive Politik rechten Parteien die Sichtbarkeit nehmen

Soziale Ungleichheit, wirtschaftliche Unsicherheit und gefühlte Abstiegsängste können starke Triebkräfte für rechte Bewegungen darstellen. Eine aktive progressive Gesellschaftspolitik mit den Zielen Demokratisierung, Inklusion und größerer Gleichheit könnte zumindest einem Teil der rechten Wähler\_innenschaft den Boden entziehen. Wirtschaftliche Sicherheit und soziale Gleichheit stärken das Vertrauen in die Demokratie und nehmen autoritären Lösungsmodellen zunehmend die Attraktivität. Diese Politik muss verständlich und transparent kommuniziert werden. Dabei darf man sich auch vor Konfrontationen mit menschenfeindlichen Positionen oder einer klaren Abgrenzung nach rechts nicht fürchten.

Dies gilt ganz besonders auch für Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie. So sollten beispielsweise Bedenken in Bezug auf die Impfung gegen COVID-19 gewissenhaft adressiert und durch Aufklärung und transparente Pläne genommen werden. Kommunikation von oben herab oder das Heben des moralischen Zeigefingers verhindern positive Effekte und ein „an Bord holen“ dieser Menschen. Eine verständliche und verlässliche Kommunikation ist hier unerlässlich. Auch wirtschaftliche Verluste und berechtigte Kritik müssen aufgegriffen und bearbeitet werden, damit Menschen nicht als einzige Option rechte Kundgebungen bleiben, um sich gehört zu fühlen.

### 3. Soziale Medien als politischen Raum ernst nehmen

Abschließend soll noch auf die wachsende Mobilisierung über Plattformen auf sozialen Medien eingegangen werden. Rechte Akteur\_innen verbreiten dort (teils antisemitische) Verschwörungserzählungen und rechte Propaganda, Fake News und Demonstrationaufrufe. Hier zeitgemäß zu denken, die wichtigsten Kanäle zu erkennen und zu monitorieren ist essenziell. Das Internet ist kein rechtsfreier Raum und gesellschaftliche Debatten müssen hier genauso demokratischen Regeln folgen wie das offline der Fall sein sollte.

<sup>3</sup> Bereits im FES-Projekt „Reclaiming Action“ (vgl. Krell et al. 2019) formulierten Expert\_innen am Beispiel Nordeuropas einige dieser nun folgenden Handlungsempfehlungen, die so oder so ähnlich immer wieder auch an anderer Stelle zu finden sind.

Fake News dürfen nicht unwidersprochen verbreitet werden, und Verstöße gegen Persönlichkeitsrechte, Menschenrechte oder Gesetze müssen auch online geahndet werden um einen Rahmen zu setzen. Hier muss Rechtssicherheit und Handlungsfähigkeit geschaffen werden und diese auch im europäischen Kontext gemeinsam umgesetzt werden. Zivilgesellschaftliche und wissenschaftliche Akteur\_innen haben hier wertvolle Expertise, die für einen Austausch von politisch Verantwortlichen und von Sicherheitsbehörden genutzt werden sollte, um gemeinsam tragfähige Lösungen zu finden.

Die Verbreitung von Fake News und Verschwörungserzählungen in der COVID-19-Pandemie hat einen nicht zu unterschätzenden Effekt, wenn ein nicht unerheblicher Teil rechter Wähler\_innen, beispielsweise in Schweden oder Frankreich, an ein menschengemachtes Virus glauben und viele Deutsche gegen vermeintliche „Zwangsimpfungen“ auf die Straße gehen und dabei Bill Gates oder das 5G-Mobilnetz zur Pandemieursache erklären. Ein Radikalisierungseffekt ist auch offline zu beobachten, wie zum Beispiel an Übergriffen auf asiatisch gelesene Menschen besonders zu Beginn der Pandemie, oder an Anschlägen auf Mobilfunkmasten oder Institutionen europaweit.

Zusammenfassend gilt es, Aufklärung und klare Haltung zu zeigen – online wie offline – während und auch nach der Pandemie. Dies kann auf Dauer nur durch Solidarität geschehen, und durch europäische und globale Lösungen statt einer Beharrung auf nationalstaatlichen Souveränitäten. Eine letztlich doch gemeinsam bewältigte COVID-19-Pandemie könnte auch eine solidarischen Zusammenarbeit bei weiteren dringlichen Themen, wie Klimawandel oder Umverteilung, anstoßen.

## Weiterlesen

**Blum, Rebekka; Rahner, Judith** 2020: Antifeminismus in Deutschland in Zeiten der Corona-Pandemie, Berlin.

**Hillje, Johannes** 2018: Von der Reaktion zur Aktion. Diskursstrategien gegen Rechtspopulismus, Berlin.

**Krell, Christian; Möllers, Henri; Ferch, Niklas** 2019: Reclaiming Action – Strategien progressiver Parteien in Zeiten des wachsenden Rechtspopulismus in Dänemark, Norwegen, Schweden und Deutschland, Stockholm.

**Lamberty, Pia** 2020: Verschwörungsmythen als Radikalisierungsbeschleuniger. Eine psychologische Betrachtung, Berlin.

**Quent, Matthias; Rathje, Jan** 2020: Ein populistisches Strohfeuer. Zum Aufstieg und Fall der Internetbewegung Widerstand2020 – eine Kurzanalyse, Berlin.

## **Friedrich-Ebert-Stiftung**

Die Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) wurde 1925 gegründet und ist die traditionsreichste politische Stiftung Deutschlands. Dem Vermächtnis ihres Namensgebers ist sie bis heute verpflichtet und setzt sich für die Grundwerte der Sozialen Demokratie ein: Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Ideell ist sie der Sozialdemokratie und den freien Gewerkschaften verbunden.

Die FES fördert die Soziale Demokratie vor allem durch:

- Politische Bildungsarbeit zur Stärkung der Zivilgesellschaft
- Politikberatung
- Internationale Zusammenarbeit mit Auslandsbüros in über 100 Ländern
- Begabtenförderung
- das kollektive Gedächtnis der Sozialen Demokratie mit u. a. Archiv und Bibliothek.

IMPRESSUM

© 2021

**FES Berlin, Projekt gegen Rechtsextremismus  
in Zusammenarbeit mit den FES-Büros in Stockholm,  
Paris, Rom, Athen und Madrid**

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Publikationen der Friedrich-Ebert-Stiftung dürfen nicht für Wahlkampfzwecke verwendet werden.

Eine gewerbliche Nutzung der von der FES herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Titelmotiv: ©Noé

Gestaltungskonzept: [www.bergsee-blau.de](http://www.bergsee-blau.de)

Umsetzung/Layout: [www.zumweissenroessl.de](http://www.zumweissenroessl.de)

# EUROPA

## Rechtspopulismus und die COVID-19-Krise

Die COVID-Krise hat in vielen Ländern Europas zu einem Vertrauenszuwachs in die Regierungen geführt. Die zur Bekämpfung der Pandemie verordneten Einschränkungen persönlicher Freiheitsrechte, Kontakt- und Ausgangssperren, der Lock-down weiter Bereiche der Wirtschaft sowie die vielerorts erweiterten Exekutivrechte fanden vor allem zu Beginn der Krise weithin Zuspruch und Akzeptanz. Mit der Fortdauer der Einschränkungen über Wochen zeigten sich jedoch zunehmend Tendenzen zu einem neuen Anwachsen von Unzufriedenheit und Misstrauen gegenüber den Regierungen; in manchen Ländern – wie Deutschland – kam es auch zu Protestaktionen. Zudem blieben Fake News und Verschwörungstheorien nicht ohne Einfluss auf die öffentliche Debatte.

Analysen aus Schweden, Finnland, Italien, Frankreich, Spanien, Griechenland und Deutschland, alles Länder mit starken oder wachsenden rechtspopulistischen Bewegungen und Parteien, gehen der Frage nach, ob der Rechtspopulismus in Europa von der Corona-Krise profitieren konnte. Eine Zusammenfassung ordnet die Trends und Entwicklungen mit einer vergleichenden Perspektive ein.

Weitere Informationen zum Thema erhalten Sie hier:  
[fes.de/c19rex](https://fes.de/c19rex)